

VÖLKERMORD BLEIBT VÖLKERMORD

EINE VERHANDLUNG ZUM UMGANG MIT DEN VERBRECHEN DER KOLONIALZEIT

In der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika, im heutigen Namibia, wurde der antikoloniale Widerstand der Herero und Nama von 1905-1908 brutal niedergeschlagen. Obwohl in der Wissenschaft als Völkermord anerkannt, weigerten sich lange alle aufeinanderfolgenden deutschen Bundesregierungen, diesen Völkermord anzuerkennen. Seit 2015 erkennt die deutsche Regierung den Vernichtungskrieg als Völkermord an, eine offizielle Entschuldigung hat es bisher jedoch nicht gegeben. Die deutsche Regierung ist mit der namibischen Regierung seit Herbst 2015 in Verhandlung über eine Anerkennung des Völkermords, eine Entschuldigung und Reparationszahlungen. Vertreter*innen von Herero und Nama verklagten im Januar 2017 in New York die Bundesregierung auf eine offizielle Beteiligung an den Verhandlungen und auch auf Reparationen, da sie sich nicht angemessen an den Gesprächen beteiligt sahen. Diese Klage wird von der deutschen Bundesregierung bislang ignoriert. In dieser Unterrichtseinheit spielen die Schüler*innen eine fiktive Verhandlung zwischen verschiedenen beteiligten Akteur*innen. Sie setzen sich mit der Frage auseinander, welche Bedeutung die Forderung nach Anerkennung des Genozids noch heute für die Herero und Nama hat und aus welchen Gründen die Bundesregierung so lange zögert, der Forderung nachzukommen.

ZIELE

Die Schüler*innen kennen die Interessen der verschiedenen Akteur*innen und erkennen, aus welcher Macht- bzw. Ohnmachtsposition heraus sie argumentieren. Die Schüler*innen lernen, Themen und Probleme mehrperspektivisch zu erfassen. (Mehrperspektivität)
Die Schüler*innen wenden diese Kenntnis in einem Rollenspiel an. Sie lernen unterschiedliche Positionen und Wertvorstellungen kennen und setzen sich mit ihnen auseinander. Sie üben ihre Reflexions- und Urteilsfähigkeit durch genaues Zuhören, Empathie, Perspektivwechsel, Argumentation, Diskussion und Konfliktlösung. (Reflexionsfähigkeit, Empathie, Perspektivwechsel, Wertorientierung)

Die Schüler*innen beurteilen die verschiedenen Interessenlagen der Akteur*innen und bilden sich eine eigene Meinung zu der Frage, wie Deutschland mit den Verbrechen der Kolonialzeit umgehen sollte. Sie entwickeln die Fähigkeit, begründete Urteile über Vergangenes, über Geschichtsdarstellungen und über Geschichtsbezüge der Gegenwart zu fällen.

Die Schüler*innen gewinnen Einsicht in die Bedeutung von Geschichte für das eigene Leben.

LEHRPLANANBINDUNG

OS, Klassenstufe 9, Geschichte, Lernbereich 4: „Fallbeispiel: Historische Wurzeln eines aktuellen Konflikts“

GY, Jahrgangsstufe 11, Geschichte, Grundkurs, Wahlbereich 1: „Formen von Geschichtskultur - Rezeptionsgeschichte am Beispiel einer historischen Person oder eines Ereignisses“

GY, Jahrgangsstufe 11, Geschichte, Leistungskurs, Lernbereich 1: „Politische Ordnungsvorstellungen und politische Partizipation“

GY, Jahrgangsstufe 12, Geschichte, Leistungskurs, Wahlbereich 2: „Herausforderung „Frieden“ – Die Suche nach dauerhaft friedlichem Zusammenleben“

GY, Jahrgangsstufe 12, Geschichte, Leistungskurs, Wahlbereich 2: „Entkolonialisierung und Folgekonflikte“

ZEITBEDARF

2 UE (90 min.)

MATERIAL UND PRAKTISCHE VORBEREITUNG

Die Situationsbeschreibung (Anlage 1) wird zweimal ausgedruckt, einmal für die Lehrperson und einmal für die Verhandlungsleitung. Die Rollenkarten (Anlage 2) werden in ausreichender Anzahl ausgedruckt. Die Lose (Anlage 3) und die Aufstellschilder (Anlage 4) werden je einmal ausgedruckt und zerschnitten.

In der Raummitte werden ca. 6 Tische als Konferenz-U aufgebaut. Am Rand des Raumes werden 5 Tische für die Kleingruppen verteilt und die Aufstellschilder darauf platziert. Ein weiterer Tisch am Rand wird als „Kaffeestand“ dekoriert.

- DIN-A4-Papier für Notizen
- Stifte
- Uhr
- Signalgong
- „Kaffestand“ mit Gläsern
- Wasserflaschen auf Servietten o.ä.

INHALTLICHE VORBEREITUNG

Die Schüler*innen sollten sich bereits mit der deutschen Kolonialgeschichte, insbesondere in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika, beschäftigt haben.

DURCHFÜHRUNG

1. Einstieg (25 min.)

Am Anfang leitet die Lehrperson in das Thema und Szenario (Anlage 1: Situationsbeschreibung) ein und wirft die Frage des Rollenspiels auf: "Soll sich die deutsche Bundesregierung, nachdem sie den Völkermord an den Herero und Nama anerkannt hat, offiziell bei der Regierung Namibias und den Nachkommen der Überlebenden entschuldigen und Entschädigungen leisten?"

Die Lehrperson stellt die beteiligten Akteur*innen vor, indem sie die Rollenkarten in eigenen Worten zusammenfasst. Dann erfolgt die Verteilung der Rollen. Es empfiehlt sich, die Rolle der Verhandlungsleitung nicht zu verlosen, sondern zu fragen, ob zwei Personen aus der Gruppe diese anspruchsvolle Rolle übernehmen möchten. Meldet sich niemand, wird auch diese Rolle verlost. Die Schüler*innen bekommen per Los (Anlage 3) die (übrigen) Gruppenzugehörigkeiten zugeteilt und setzen sich an ihren Gruppentisch (Anlage 4).

Übersicht der Rollen:

- Verhandlungsleitung (2 Personen)
- Vertreter*innen der namibischen Regierung (2-6 Personen)
- Vertreter*innen des Verbandes der Herero- und Nama-Völkermordüberlebenden (2-6 Personen)
- Vertreter*innen der deutschen Bundesregierung (2-6 Personen)

- Vertreter*innen des französischen Konsulats (2-6 Personen)
- Vertreter*innen des Bündnisses zur Anerkennung des Völkermordes (2-6 Personen)

Nachdem die Schüler*innen ihre Rollenbeschreibungen (Anlage 2) erhalten haben, lesen sie diese und tauschen sich zu den unten stehenden Fragen in der Kleingruppe aus. Danach gibt die Lehrperson den Kleingruppen den Auftrag, ihre Strategie zu besprechen und zwei Vertreter*innen für die erste Runde zu wählen. Die Gruppen brauchen ausreichend Zeit, um sich in ihre Rollen einzufinden. Die Rollen dürfen dabei ausgeschmückt und weitergesponnen werden. Um einen guten Spielstart zu finden, sollte vor Beginn der ersten Runde sichergestellt werden, dass alle das Szenario und den Gruppenauftrag verstanden haben.

Die zwei Vertreter*innen pro Gruppe setzen sich an den Verhandlungstisch. Die anderen Schüler*innen setzen sich direkt hinter ihre Vertreter*innen in eine zweite Reihe. Die Verhandlung beginnt.

2. Eröffnung und erste Verhandlungsrunde (10 min.)

Nun eröffnet die Verhandlungsleitung die Konferenz und jede Partei stellt sich innerhalb einer Minute vor, schildert die eigene Lage und nennt ihre Forderungen. Nach 5 Minuten beginnt die erste Verhandlungsrunde. Die Entscheidung darüber, wer spricht, liegt bei der*em Moderator*in. Die Verhandlungsleitung schließt die Verhandlungsrunde ab, indem sie zu einer „Kaffeepause“ (dies ist keine wirkliche Pause, sondern eine inoffizielle Spielrunde) einlädt.

3. Inoffizielle Verhandlungsrunde (10 min.)

Nach einer kurzen Beratung zum weiteren Vorgehen innerhalb der Gruppe treffen sich alle Akteur*innen zur Kaffeepause am Kaffeestand und nehmen Kontakt miteinander auf, um inoffiziell miteinander zu verhandeln.

4. Zweite Verhandlungsrunde (10 min.)

Zunächst versucht die Verhandlungsleitung, den Fortschritt im Verhandlungsprozess durch Fragen offenzulegen. Meistens gibt es nach der ersten inoffiziellen Runde noch kein greifbares Ergebnis.

Zu Beginn der zweiten Verhandlungsrunde drängt die Verhandlungsleitung die Regierung Deutschlands, sich für ein konkretes Vorgehen zu entscheiden. Im weiteren Verlauf wird also die Regierung in eine bestimmte Richtung agieren. Für die verschiedenen Akteur*innen wird zunehmend deutlich, welche Konsequenzen die mögliche Entscheidung der Regierung Deutschlands für sie hätte, und sie versuchen verstärkt, Alternativen zu erörtern. Diese Dynamik ist für das Spiel bedeutend. In jedem Fall sollte die Verhandlungsleitung (und unterstützend die Spielleitung) die Parteien dazu anregen, entsprechend aktiv zu werden. Am Ende dieser Runde bittet die Verhandlungsleitung die Regierung Deutschlands, eine Entscheidung zu treffen.

5. Entscheidungsfindung (5 min.)

Die deutsche Regierung kann sich zurückziehen und ihre Entscheidung fällen.

6. Abschlussrunde (5 min.)

Hier verkündet die deutsche Regierung ihre Entscheidung. Alle Parteien erhalten die Möglichkeit, mit einem Abschlussstatement auf die Entscheidung zu reagieren. Danach beendet die Verhandlungsleitung die Konferenz.

Kurze Pause: Kräftig lüften und Raum in einen Stuhlkreis umbauen.

7. Rollenausstieg (5 min.)

Für die abschließende Reflexion ist es wichtig, dass den Schüler*innen die Gelegenheit gegeben wird, die Rolle zu verlassen. Der Rollenausstieg soll noch einmal deutlich machen, dass alle Schüler*innen eine Spielpersönlichkeit hatten, die von ihrer eigenen zu unterscheiden ist. Die Rollen sind unterschiedlich mächtig und ohnmächtig, möglicherweise haben sich damit einzelne Schüler*innen unwohl gefühlt. Hier bietet der Rollenausstieg auch die Möglichkeit, angestaute Gefühle heraus zu lassen. Die Schüler*innen stellen sich in einen Kreis und ziehen ihre Rolle wie einen Ganzkörperanzug aus. Dafür greifen sie einen imaginären Reißverschluss am Scheitel und ziehen ihn runter bis zu den Fußsohlen. Nun streifen sie den Rollenzug erst vom Kopf, dann von den Armen, dem Oberkörper und schließlich den Beinen ab. Sie halten den Rollenzug in der Hand und werfen ihn

gemeinsam auf ein Signal hin mit voller Kraft in die Mitte des Kreises.
Anschließend schütteln sich die Schüler*innen einmal kräftig.

8. Auswertung (20 min.)

Danach beginnt eine moderierte Reflexionsrunde in einem Stuhlkreis. Die folgenden Fragen sind als Anregung gedacht. Je nach Diskussionsverlauf kann die Lehrperson eigene Schwerpunkte setzen.

Gefühle:

- Wie habt ihr euch in eurer Rolle gefühlt?
- Wieso habt ihr euch wohl oder weniger wohl gefühlt?
- Wie war es für euch, eine Rolle zu spielen?

Verlauf:

- Wie ist die Verhandlung verlaufen?
- Welche Interessen standen für die jeweiligen Akteur*innen im Vordergrund?
- Welche Akteur*innen konnten ihre Interessen durchsetzen? Warum?
- Waren die Akteur*innen gleich mächtig? Warum (nicht)?

Ergebnis:

- Wie zufrieden seid ihr persönlich mit dem Ergebnis? Was bedeutet das Ergebnis für die einzelnen Akteur*innen?
- Konnte überhaupt eine gute Lösung gefunden werden?
- Was wäre für euch persönlich eine „gerechte“ Lösung?

Transfer/Abgleich mit der Wirklichkeit:

- Was meint ihr: War der Verlauf/die Lösung des Rollenspiels realistisch? Wo seht ihr Parallelen, wo Unterschiede zur Wirklichkeit?
- Wie ist das Verhältnis von Macht und Ohnmacht der beteiligten Gruppen in Wirklichkeit?

Handlungsoptionen:

- Was hat das Thema eurer Meinung nach mit euch zu tun?

- Was könnten wir tun, um postkoloniale Strukturen zu verändern und mehr Gerechtigkeit in der Welt zu schaffen?
- Welche Möglichkeiten hättet ihr, Einfluss auf eurer Regierung auszuüben?
- Was nehmt ihr mit aus dem Spiel?
- Was hat euch gefehlt bzw. hättet ihr gern noch erfahren?

KOMPETENZERWERB

ERKENNEN

Informationsverarbeitung: Die Schüler*innen können Informationen zum Umgang Deutschlands mit den Verbrechen der Kolonialzeit verarbeiten.

Unterscheidung von Handlungsebenen: Die Schüler*innen kennen die Interessen der verschiedenen am Konflikt beteiligten Akteur*innen und erkennen, aus welchen Macht- bzw. Ohnmachtspositionen heraus sie agieren.

BEWERTEN

Perspektivenwechsel und Empathie: Die Schüler*innen können sich unterschiedliche Positionen und Wertvorstellungen bezüglich der Anerkennung des Völkermords in ihrer Bedeutung für die Lebensgestaltung der positiv und negativ Betroffenen bewusst machen und reflektieren. Sie lernen, Themen und Probleme mehrperspektivisch zu erfassen.

Kritische Reflexion und Stellungnahme: Die Schüler*innen können durch kritische Reflexion und Diskussionen zur Anerkennung des Völkermords durch die deutsche Bundesregierung Stellung beziehen und sich dabei an den Menschenrechten orientieren.

Beurteilen von Entwicklungsmaßnahmen: Die Schüler*innen entwickeln die Fähigkeit, begründete Urteile über Vergangenes, über Geschichtsdarstellungen und über Geschichtsbezüge der Gegenwart zu fällen. Sie können zu der Frage, wie Deutschland mit den Verbrechen der Kolonialzeit umgehen sollte unter Berücksichtigung unterschiedlicher Interessen und Rahmenbedingungen zu eigenständigen Bewertungen kommen.

HANDELN

Solidarität und Mitverantwortung: Die Schüler*innen können Bereiche persönlicher Mitverantwortung für die Aufarbeitung der Kolonialzeit erkennen und als Herausforderung annehmen.

Verständigung und Konfliktlösung: Die Schüler*innen können zur Überwindung soziokultureller und interessenbestimmter Barrieren in Kommunikation und Zusammenarbeit sowie zu Konfliktlösungen beitragen.

WEITERBEARBEITUNG

Hier sind weitere Methoden zum Thema (Post)Kolonialismus zu finden:

www.fernsicht-bildung.org/themen/post-kolonialismus/projekttag

HINTERGRUNDINFORMATIONEN FÜR LEHRKRÄFTE

Die Lehrperson übernimmt die Rolle der Spielleitung und achtet darauf, dass das Spiel vorankommt. Hierfür ist es wichtig, darauf zu achten, dass die Schüler*innen in ihren Rollen bleiben und sich an die Zeitvorgaben halten. Besonders in den inoffiziellen Runden sollte die Spielleitung die Schüler*innen darin unterstützen, in den Rollen zu bleiben. Die Lehrperson muss für Fragen im Spielverlauf zur Verfügung stehen und insbesondere die Schüler*innen in der Rolle der Verhandlungsleitung unterstützen. Sie muss zudem in der Lage sein, die Gruppen zu ihren Zielen und Strategien zu beraten, falls dies erforderlich wird. Redegewandte Schüler*innen gehen meist schnell in eine aktive Rolle, während sich ruhigere Schüler*innen zurückhalten. Die Spielleitung kann zurückhaltendere Schüler*innen unterstützen, indem sie ihre Argumente unterstreicht. Wenn die Spielleitung inhaltlich wenig Einfluss nehmen will, können auch die besonders aktiven Schüler*innen eingeladen werden, zurückhaltende Schüler*innen zu unterstützen und ihnen Raum zu geben.

QUELLE

fernsicht – Werkstatt für südnordpolitische Bildungsarbeit des Iz3w – Informationszentrum Dritte Welt: Projekttag „Vergangen und doch gegenwärtig – Spuren des Kolonialismus“, Modul 6

Überarbeitet für die Anbindung an den sächsischen Lehrplan als Teil des sächsischen Umsetzungsprojekts zum Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung.

Dieses Unterrichtsbeispiel kann kopiert und frei verwendet oder weitergegeben werden.

ANLAGE 1: SITUATIONSBESCHREIBUNG

2015 fand der 100. Jahrestags des Endes der deutschen Kolonialherrschaft im heutigen Namibia statt. Seit langer Zeit fordern namibische Verbände und die Regierung von der deutschen Bundesregierung, die Niederschlagung des Herero- und Nama-Aufstandes von 1905-1908 als Völkermord anzuerkennen, die Herero und Nama offiziell um Entschuldigung zu bitten und Entschädigungen zu zahlen. Etwa 90.000 Herero und Nama wurden zwischen 1904 bis 1908 als Antwort auf einen Aufstand gegen die Kolonialherrschaft von den kaiserlichen Truppen in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika ermordet. Berüchtigt ist der Schießbefehl des General von Trothas, der die Herero und Nama in die Wüste treiben, dort die Wasserstellen besetzen ließ und den Befehl gab, auf alle zu schießen, die sich der Wasserstelle näherten, Frauen und Kinder eingeschlossen. Anschließend wurden Konzentrationslager errichtet, wo die Zahl der Herero und Nama sich durch Zwangsarbeit und Hungertod weiter dezimierte. Obwohl in der Wissenschaft heute als Völkermord anerkannt, weigerten sich seit Jahren alle aufeinanderfolgenden Bundesregierungen, diesen Völkermord anzuerkennen.

Im Juli 2015 reagierte schließlich die Bundesregierung auf die Forderungen. Seitdem gilt für die Bundesregierung nun als "politische Leitlinie" der Satz: "Der Vernichtungskrieg in Namibia von 1904 bis 1908 war ein Kriegsverbrechen und Völkermord." Die Bundesregierung hat Verhandlungen mit Namibia aufgenommen, wobei es auch um mögliche Entschädigungszahlungen gehen soll. Ob es eine offizielle Entschuldigung geben wird ist noch nicht klar.

Die Verhandlung beschäftigt sich deshalb nun mit der Frage "Soll sich die deutsche Bundesregierung, nachdem sie den Völkermord an den Herero und Nama anerkannt hat, offiziell bei der Regierung Namibias und den Nachkommen der Überlebenden entschuldigen und Entschädigungen leisten?"

ANLAGE 2: ROLLENKARTEN

ROLLENKARTE VERHANDLUNGSLEITUNG

Ihr führt die Verhandlung. Euer Interesse ist es, alle beteiligten Akteur*innen an einen Tisch zu bringen und einen Austausch der Positionen zu ermöglichen. Ihr verfolgt das Ziel, eine Einigung zu finden, die allen Beteiligten entgegen kommt. Dabei müsst ihr beachten, dass ihr als Verhandlungsleitung unparteiisch seid, durchaus jedoch mit kritischen Fragen oder Thesen in die Verhandlung eingreifen könnt. Ihr könnt die Diskussion lenken, indem ihr eure Gäste auffordert, Stellung zu beziehen oder Fragen direkt an sie richtet. Ihr müsst gut auf die Verhandlung vorbereitet sein. Macht euch mit den Gästen vertraut und überlegt euch vorab Fragen an die jeweiligen Gäste. Ihr sorgt für einen guten Verlauf der Verhandlung: Alle Verhandlungsparteien sollten zu Wort kommen und an der Diskussion beteiligt werden. Lange Monologe sind weniger förderlich für das Erreichen eines Kompromisses und können von euch freundlich begrenzt werden.

Eine entspannte und ruhige Atmosphäre trägt dazu bei, dass alle Akteur*innen sich ernst genommen und verstanden fühlen. Hitzige Wortgefechte und Beleidigungen dagegen können zur Folge haben, dass sich Akteur*innen verärgert aus der Diskussion entfernen und damit euer Ziel verfehlt wird. Macht als Moderation deutlich, dass alle Akteur*innen von einer Zusammenarbeit profitieren.

Viele Aspekte, wie etwa die Höhe von Reparationsszahlungen, können oft nicht bei der offiziellen Verhandlung geklärt werden. Dafür eignen sich informelle Gespräche oft besser. Daher gibt es in der Verhandlung auch eine „Kaffeepause“ für inoffizielle Gespräche. Es ist hilfreich, wenn ihr vor der inoffiziellen Runde verdeutlicht, dass das keine Pause vom Spiel ist, sondern ein wichtiges Zeitfenster für inoffizielle Verhandlungen.

Geplant ist folgender Ablauf:

1. Eröffnung und erste Verhandlungsrunde (10 min.)

Eröffnung der Konferenz, kurze Darstellung des Themas, Begrüßung der geladenen Gäste, alle Akteur*innen stellen sich und ihre Positionen vor, am besten mit einem kurzen Statement (Ich vertrete die Gruppe ... und ich bin hier weil...) (max. 1 Minute pro Gruppe)
Am Ende der Runde ladet ihr alle zu einer gemeinsamen „Kaffeepause“ (für inoffizielle Verhandlungen) ein.

2. Informelle Verhandlungsrunde „Kaffeepause“ (10 min.)

Die Akteur*innen haben Zeit, sich in ihrer Gruppe über ihr weiteres Vorgehen zu beraten und mit anderen Gruppen zu verhandeln.

3. Zweite Verhandlungsrunde (10 min.)

Zu Beginn versucht ihr, den Fortschritt im Verhandlungsprozess durch Nachfragen offenzulegen. Ihr drängt die Regierung Deutschlands, sich bereits jetzt für ein konkretes Vorgehen zu entscheiden, immerhin muss die Entscheidung spätestens nach dieser Verhandlungsrunde getroffen werden. Am Ende dieser Runde bittet ihr die Regierung Deutschlands sich jetzt zurückziehen und ihre Entscheidung zu treffen.

4. Entscheidungsfindung (5 min.)

Hier sollte die Regierung Deutschlands wenn möglich eine Entscheidung zum Umgang mit dem Völkermord treffen. Ihr erklärt allen Anwesenden, dass sich die deutsche Regierung nun zurückzieht, um sich zu beraten und eine Entscheidung zu treffen. Die anderen Gruppen können die Zeit nutzen, wie sie möchten.

5. Abschlussrunde (5 min.)

Hier verkündet die deutsche Regierung ihre Entscheidung. Alle Gruppen erhalten die Möglichkeit, mit einem kurzen Abschlussstatement auf die Entscheidung zu reagieren. Danach dankt ihr allen für ihre Teilnahme und beendet die Konferenz.

Achtet auf die Zeit! Ihr seid dafür verantwortlich, dass die Zeiten des Ablaufs eingehalten werden und die Akteur*innen ihre Redebeiträge kurz halten. Die Verhandlungen müssen zur vereinbarten Uhrzeit abgeschlossen sein! Damit sich die Gruppe nicht zu sehr gegen euer strenges Zeitmanagement auflehnt, empfiehlt es sich, freundlich zu bleiben und um Verständnis zu bitten. Bei Bedarf könnt ihr euch auch Unterstützung von eurer*m Lehrer*in holen.

ROLLENKARTE VERTRETER*INNEN DES FRANZÖSISCHEN KONSULATS

Ihr nehmt in der Verhandlung die Rolle eines Vertreters* einer Vertreterin des französischen Konsulats ein, der*die die Interessen Frankreichs in dieser Auseinandersetzung vertritt. Ihr seid äußerst unzufrieden mit dem Schritt der deutschen Bundesregierung, die Massaker an den Herero und Nama als Völkermord anzuerkennen. Ihr wollt nun auf jeden Fall verhindern, dass Deutschland Namibia offiziell um Entschuldigung bittet und bereit ist, Entschädigungen zu zahlen, da ihr befürchtet, damit würde ein Präzedenzfall geschaffen und auch die Forderungen, die aus einst von Frankreich kolonialisierten Ländern zu hören sind, würden lauter werden.

Die französische Regierung tut sich bis heute schwer damit, den Kolonialismus als Verbrechen anzusehen. Dies liegt vor allem daran, dass während der Kolonialzeit, die erst 1962 mit der Unabhängigkeit Algeriens endete, die Idee der „Zivilisierungsmission“ vertreten wurde. Der Kolonialismus wurde mit einer zivilisatorischen Rückständigkeit der außereuropäischen Weltbevölkerung begründet. Es sei Frankreichs Aufgabe, den eigenen „zivilisatorischen Fortschritt“ weiterzugeben. So wurde die auf Rassismus beruhende Unterdrückung der indigenen Bevölkerung begründet. Insbesondere die ehemaligen Siedler*innen, die nach der Unabhängigkeit der Kolonien nach Frankreich zurückkehrten, halten bis heute an dieser Vorstellung fest und sprechen von der „positiven Rolle der Kolonisation“. Aus Algerien kehrten 1962 beinahe 1 Million Siedler*innen zurück, die heute eine einflussreiche Lobbygruppe in Frankreich bilden.

Während sich die französische Regierung mit der Forderung dieser Gruppe nach einer Anerkennung der „positiven Rolle der Kolonisation“ und der Leistungen der Siedler*innen in den Kolonien konfrontiert sieht, fordern gleichzeitig zahlreiche Historiker*innen, die Verbrechen der Kolonialzeit anzuerkennen. Ähnlich wie die Herero und Nama fordert auch die algerische Regierung eine offizielle Entschuldigung von der französischen Regierung. Nachkommen ehemaliger Versklavter in Haiti fordern zudem Reparationen für die Folgen der Versklavung. Die französische Regierung will diesen Forderungen nicht nachkommen. Sie fürchtet die finanziellen, aber auch die symbolischen Konsequenzen. Die Theorie der „positiven Rolle der Kolonisation“ wäre durch eine Entschuldigung und die Bereitschaft zur Zahlung von Reparationen widerlegt.

Aus diesem Grund fordert die Regierung, die Vergangenheit ruhen zu lassen und lieber in die Zukunft zu blicken und bemüht sich um gute Beziehungen zu der algerischen Regierung. Dies wird jedoch dadurch erschwert, dass sie immer wieder betont, dass es europäische Siedler*innen waren, die das Land fruchtbar und Algerien „modernisiert“ haben. Das unabhängige Algerien hat nie wieder zu der gleichen wirtschaftlichen Bedeutung gefunden. Zudem ist eurer Meinung nach seit der Unabhängigkeit des Landes ein korruptes Regime an der Macht, das sich nicht für die Bedürfnisse der Bevölkerung interessiert. Reparationszahlungen würden dem Land nicht helfen, sondern nur diesem korrupten Regime.

- Welche Forderungen stellt ihr? Was ist euer Anliegen?
- An wen könnt ihr diese Forderungen richten?
- Wie werden die anderen Akteur*innen darauf reagieren?
- Wie wollt ihr reagieren?
- Welche Möglichkeiten habt ihr, Druck auf die anderen Akteur*innen auszuüben, damit eure Forderungen erfüllt werden?
- Überlegt euch, wer eure Verbündeten sein könnten, wer wird euer Anliegen unterstützen?

ROLLENKARTE VERTRETER*INNEN DER DEUTSCHEN REGIERUNG

Ihr vertretet in der Verhandlung die deutsche Regierung. Ihr habt euch wie alle vorherigen Regierungen lange geweigert, den Völkermord an den Herero und Nama als solchen anzuerkennen, habt dies nun jedoch getan. Die bisherigen deutschen Regierungen leugneten nie, dass der Aufstand brutal niedergeschlagen wurde, wollten jedoch das Wort „Völkermord“ nicht verwenden. Die Niederschlagung des Aufstands war aus offizieller deutscher Perspektive ein Kolonialkrieg wie ihn alle europäischen Mächte in den Kolonien geführt hatten. Konzentrationslager, wie sie in Deutsch-Südwestafrika eingerichtet wurden, hätten zuvor die Briten bereits zur Niederschlagung des Burenaufstandes eingerichtet. Außerdem hätten die großen Dekolonisationskriege, die Frankreich oder Großbritannien geführt haben, weitaus mehr Opfer gefordert als die Niederschlagung dieses Aufstandes. Die deutschen Regierungen betonten stets, dass man sich in der BRD nie davor gescheut hat, sich mit den Verbrechen der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Aus folgenden Gründen wollte man jedoch die Niederschlagung des Herero und Namaaufstands nicht als Völkermord anerkennen. Man verwies stets auf die Einzigartigkeit des Völkermords an den europäischen Juden und gab zu bedenken, dass man diesen durch eine Anerkennung eines weiteren Völkermordes relativieren würde. Man könne nicht das eine mit dem anderen auf eine Stufe stellen. Allerdings widerlegte die derzeitige Bundesregierung dieses Argument selbst dadurch, dass sie im April 2015 den durch das damalige Osmanische Reich 2015 begangene Völkermord an den Armeniern als solchen anerkannte. Die Bundesregierung sah sich daraufhin gezwungen, auch die Niederschlagung des Aufstandes in der ehemaligen Kolonie als Völkermord anzuerkennen.

Die Bundesregierung versucht jedoch eine offizielle Entschuldigung zu verhindern. Dadurch würde nicht nur der Präzedenzfall geschaffen, den andere europäische Staaten wie Frankreich fürchten, sondern auch die Frage nach Entschädigungen würde dringlicher gestellt werden. Die deutsche Regierung zweifelt nicht an, dass sich das Deutsche Reich in den Kolonien auf Kosten der indigenen Bevölkerung bereichert hat. Man ist sich der Tatsache bewusst, dass wirtschaftliche Ungleichheiten auch mit (nicht nur!) durch den Kolonialismus entstanden sind. Diese Ungleichheiten wurden der Bundesregierung zufolge jedoch durch die jahrelange Zahlung von Entwicklungshilfen wieder ausgeglichen. Namibia wird bei der Verteilung dieser Gelder besonders berücksichtigt. **Seit der Unabhängigkeit**

Namibias hat Deutschland bereits über eine Milliarde Euro im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit überwiesen. So habe die BRD in gewisser Weise in den letzten Jahren bereits „Reparationen“ an den namibischen Staat geleistet. Deutschland ist auch bereit Geld in einen Zukunftsfonds einzahlen, aus dem Projekte in den Siedlungsgebieten der Herero und Nama finanziert werden sollen. Darunter ein Berufsbildungszentrum, Projekte zur Energieversorgung von entlegenen Dörfern mit erneuerbaren Energien und zum Bau von günstigem Wohnraum. Aber offizielle Entschädigungszahlungen möchte die deutsche Regierung nicht leisten.

- Was ist euer Anliegen?
- Welche Forderungen stellt ihr?
- An wen könnt ihr diese Forderungen stellen?
- Wie werden die anderen Akteur*innen darauf reagieren?
- Wie wollt ihr reagieren?
- Welche Möglichkeiten habt ihr, Druck auf die anderen Akteur*innen auszuüben, damit eure Forderungen erfüllt werden?
- Überlegt euch, wer eure Verbündeten sein könnten, wer wird euer Anliegen unterstützen?

ROLLENKARTE VERTRETER*INNEN DER NAMIBISCHEN REGIERUNG

Mit der Anerkennung des Völkermords durch die deutsche Bundesregierung wurde eine erste Forderung, die die namibische Regierung lange Zeit gestellt hatte, erfüllt. Für die Regierung ist dies auch deshalb von Bedeutung, da erstmals eine ehemalige Kolonialmacht ein in der Kolonialzeit begangenes Verbrechen als Völkermord anerkennt. Die Regierung Namibias hofft, dass weitere Staaten sich nun zu den Verbrechen der Kolonialzeit bekennen werden.

Diese offizielle Anerkennung ist für die Regierung Namibias jedoch erst der Anfang. Sie fordert eine offizielle Entschuldigung von Seiten der deutschen Regierung. Dies hat für die Regierung umso mehr Bedeutung, da sich die deutschen Regierungen stets geweigert hatten, dieser Forderung nachzukommen, während man sich gleichzeitig in Deutschland stets mit dem vorbildlichen Umgang mit der eigenen Vergangenheit brüstete und betonte, sich zu den Verbrechen der Vergangenheit zu bekennen. Die langjährige Weigerung, den Völkermord anzuerkennen sowie das Zögern, offiziell um Entschuldigung zu bitten, zeigt, dass die ehemaligen Kolonialherren den ehemals kolonialiserten Staaten noch immer nicht auf Augenhöhe begegnen. Obwohl sich Vertreter*innen vorhergehender namibischer Regierungen erfolgreich die Unabhängigkeit erkämpft hatten und Namibia gleichberechtigtes Mitglied der UNO ist, weigert sich die deutsche Regierung, die Gleichberechtigung des namibischen Staates anzuerkennen.

Auch die Frage nach Entschädigungszahlungen an den namibischen Staat gewinnt durch das arrogante und ignorante Verhalten der deutschen Regierung an Bedeutung. In der Tat leistet die deutsche Regierung in Namibia viel Entwicklungshilfe. Diese Hilfen orientieren sich jedoch nicht zuerst an den Bedürfnissen der namibischen Bevölkerung, sondern vor allem an den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft. Es wird stets darauf geachtet, dass sich die Investitionen für deutsche Unternehmen lohnen und diese davon profitieren. Von den Zahlungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit fließt viel Geld wieder an deutsche Unternehmen, die in der Umsetzung von Projekten beteiligt werden sollen. Trotzdem verlangt die deutsche Regierung für diese Zahlungen nicht nur ein großes Maß an Dankbarkeit, sondern stellt Bedingungen auf, die die namibische Regierung zu beachten hat.

Diese fühlt sich dadurch in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt, und das obwohl Namibia seit 1990 ein unabhängiger Staat ist.

Die deutsche Regierung soll erkennen, dass sie durch die Kolonialherrschaft zu den heute vorherrschenden ungleichen Wirtschaftsbedingungen beigetragen hat und dass sie verpflichtet ist, einen finanziellen Beitrag zum Ausgleich dieser Verhältnisse zu schaffen. Nur wenn sich die deutsche Regierung bereit erklärt, diese beiden Forderungen zu erfüllen, kann sich zwischen Namibia und Deutschland langfristig eine gleichberechtigte partnerschaftliche Zusammenarbeit entwickeln.

- Was ist euer Anliegen?
- Welche Forderungen stellt ihr?
- An wen könnt ihr diese Forderungen stellen?
- Wie werden die anderen Akteur*innen darauf reagieren?
- Wie wollt ihr reagieren?
- Welche Möglichkeiten habt ihr, Druck auf die anderen Akteur*innen auszuüben, damit eure Forderungen erfüllt werden?
- Überlegt euch, wer eure Verbündeten sein könnten, wer wird euer Anliegen unterstützen?

ROLLENKARTE NAMIBISCHER VERBAND DER HERERO- UND NAMA-VÖLKERMORDÜBERLEBENDEN

Ihr vertretet den namibischen Verband der Herero- und Nama-Völkermordüberlebenden. Ihr seid froh, an dieser Verhandlung teilnehmen zu dürfen. Denn bisher gab es nur Regierungsverhandlungen zwischen der deutschen und der namibischen Regierung hinter verschlossenen Türen. Bisher waren Vertreter*innen der betroffenen Communities ausgeschlossen.

Ihr seid selbst Nachkommen von Überlebenden. Eure Urgroßeltern waren vor über hundert Jahren Teil der Herero, der sich an dem Aufstand gegen die Kolonialherrschaft der Deutschen beteiligt hatten. Sie waren zu diesem Schritt bereit gewesen, da sie durch die deutsche Kolonialherrschaft alles verloren hatten. Ihr Leben als Rinderzüchter*innen mussten sie aufgeben, als ihnen ihr Land genommen wurde. Um ihre Familien zu versorgen, waren sie gezwungen auf den Farmen deutscher Siedler*innen zu arbeiten. Dadurch verloren sie vor allem ihre Freiheit, aber auch ihre Würde. Die deutschen Farmer*innen behandelten sie wie Versklavte. Regelmäßig wurden sie vor den Augen ihrer Familien körperlicher Gewalt ausgesetzt. Nach der Schlacht am Waterberg konnten sie mit ihren Familien in die Wüste entkommen und sich gemeinsam in einer kleinen Gruppe Herero über die Grenze retten.

Nach dem Ende der Deutschen Kolonialzeit, als die Briten die Kolonialherrschaft übernahmen, kehrten sie in das heutige Namibia zurück, wo eure Familie noch heute leben. Die Erinnerung an die Kolonialzeit, die weit über die deutsche Kolonialherrschaft hinausging, ist in euren Familien stets präsent. Ihr kämpft noch immer dafür, dass die Verbrechen der deutschen Kolonialherrschaft anerkannt und entschädigt werden.

Zunächst einmal fordert ihr eine ehrliche Anerkennung des Völkermords, der sehr gut dokumentiert ist. Ihr fordert die deutsche Regierung auf, sich direkt bei den betroffenen Communities zu entschuldigen. Dann folgt die Frage, wie Deutschland wiedergutmachen kann, was passiert ist. Es reicht nicht aus, sich zu entschuldigen und zu sagen »Es tut uns leid, wir haben so viele getötet und haben euer Land genommen«– und dann weiterzumachen wie bisher. Es geht nicht nur um den Verlust von so vielen Menschen, sondern auch um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation der Nachfahren.

Ein wichtiges Thema ist hierbei die Landfrage. Die Deutschen beschlagnahmten damals das Land der ermordeten oder vertriebenen Herero und Nama und gaben es an deutsche Farmer*innen, in deren Besitz es zum großen Teil noch heute ist. Es gibt Farmen, die noch Nama- oder Herero-Namen tragen, aber sie gehören weißen Farmer*innen. Nach wie vor ist etwa die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Besitz von Nachfahren deutscher Siedler*innen, obwohl die nur etwa sechs Prozent der 2,3 Millionen Einwohner stellen. Viele Nachfahren der Herero und Nama leben heute in Armut. Es gab Versuche, weiße Farmer*innen zu freiwilligen Verkäufen an die namibische Regierung zu bewegen, damit diese das Land an Herero und Nama-Communities verteilt. Diese Versuche sind bisher jedoch gescheitert.

Ihr fordert, dass die deutsche Regierung auf die deutschsprachige Community einwirkt, dass sie sich in einer konstruktiven Art an der Versöhnung beteiligt und auch die Landfrage gemeinsam angeht.

Ein weiteres Thema sind Reparationszahlungen. Ihr wollt keine individuellen Geldzahlungen an einzelne Herero oder Nama. Aber ihr wollt eine Verbesserung für die betroffenen Communities der Herero und Nama. Auch alle anderen Namibier*innen werden davon profitieren, wenn zum Beispiel Krankenhäuser oder Erneuerbare-Energien-Anlagen gebaut werden. Enorm wichtig ist euch, dass die betroffenen Communities entscheiden, wie vorgegangen werden soll, und nicht die Täterseite vorgibt, wie die Entschädigung auszusehen hat.

Der Rassismus der Kolonialherren ging damals so weit, dass sie die Herero und Nama nicht als gleichwertige Menschen anerkannten. Dass die vorherigen Bundesregierungen sich stets weigerten, sich zu entschuldigen, zeigt für euch, dass ihr trotz der erkämpften Unabhängigkeit auch hundert Jahre nach diesem Ereignis noch nicht als gleichwertige Menschen angesehen werdet. Es macht euch wütend, wenn ihr seht, dass in Deutschland der Kolonialgeschichte keine Bedeutung zugemessen wird. Es macht euch wütend, wenn ihr hört, dass man sich in Deutschland eines vorbildhaften Umgangs mit der Vergangenheit brüstet, ohne auf den Völkermord an euren Vorfahren zu verweisen. Ihr fordert, dass der Völkermord an den Herero und Nama eine Rolle in der Erinnerungspolitik spielt und in den Schulbüchern einen angemessenen Platz bekommt – in Deutschland und auch in Namibia. Die Regierungen sollten diesen Prozess ermöglichen und erleichtern.

Ihr fordert auch, dass alle geraubten Kulturgüter der Herero und Nama, die sich in deutschen Museen befinden, zurückzugeben werden.

Ihr könnt euch dabei an folgenden Leitfragen orientieren:

- Was ist euer Anliegen?
- Welche Forderungen stellt ihr?
- An wen könnt ihr diese Forderungen stellen?
- Wie werden die anderen Akteur*innen darauf reagieren?
- Wie wollt ihr reagieren?
- Welche Möglichkeiten habt ihr, Druck auf die anderen Akteur*innen auszuüben, damit eure Forderungen erfüllt werden?
- Überlegt euch, wer eure Verbündeten sein könnten, wer wird euer Anliegen unterstützen?

ROLLENKARTE BÜNDNIS ZUR ANERKENNUNG DES VÖLKERMORDES

Ihr seid Teil eines Bündnisses verschiedener deutscher Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Das Bündnis fordert die Anerkennung des Völkermords an den Herero und Nama und eine offizielle Entschuldigung durch die Bundesregierung.

Das Bündnis erinnert noch einmal daran, dass die Niederschlagung des Aufstandes der von der UN 1948 verabschiedeten Definition eines Völkermords entspricht: Das Vorgehen des General von Trothas zielte auf die Vernichtung der Herero und Nama ab. In Deutschland wird bis heute nicht nur dies, sondern die koloniale Vergangenheit insgesamt im Geschichtsunterricht, an Universitäten, usw. zu wenig thematisiert. Viele Deutsche wissen nicht einmal, dass Deutschland Kolonien hatte. Nur wenige wissen über die anti-kolonialen Widerstandskämpfe der Herero und Nama und das brutale Vorgehen gegen diese Bescheid. Genau das sollte durch die Kampagne geändert werden. Aus diesem Grund sollte mit der Kampagne vor allem die Aufmerksamkeit auf dieses vergessene Kapitel der deutschen Geschichte gelenkt werden.

Das Bündnis begrüßt, dass die deutsche Bundesregierung den Völkermord als solchen anerkannt hat. Es fordert jedoch auch eine offizielle Entschuldigung, nicht nur für den Völkermord, sondern für den Kolonialismus. Mit einer solchen Entschuldigung soll die Bundesregierung sich offiziell von der auf Rassismus beruhenden Kolonialgeschichte distanzieren.

Noch immer sind rassistische Denkmuster allgegenwärtig, die von der Kolonialzeit geprägt sind. Rassismus durchzieht unsere Gesellschaft, was aktuell der Umgang mit Menschen zeigt, die in Deutschland Zuflucht vor Krieg und Hunger suchen. Mit der Entschuldigung soll ein klares Zeichen gegen Rassismus auch in unserer heutigen Gesellschaft gesetzt werden. Die deutsche Bundesregierung würde damit beweisen, dass sie versucht, der Bevölkerung des heutigen Namibias frei von rassistischen Vorurteilen zu begegnen. Durch die offizielle Entschuldigung würde auch die Frage nach Entschädigungszahlungen neu gestellt werden. Der Ursprung des wirtschaftlichen Ungleichgewichts zwischen den Ländern des globalen Nordens und den Ländern des globalen Südens liegt mit in der Kolonialzeit. Die europäischen Länder unterdrückten die indigenen Bevölkerungen und zerstörten ihre traditionelle Lebensweise. Sie installierten einen Wirtschaftskreislauf, der auf die Ausbeutung

der natürlichen Ressourcen und gleichzeitig auf den Absatz europäischer Waren in den Kolonien abzielte. Sie schufen so die wirtschaftlichen Strukturen, die noch heute die Weltwirtschaft dominieren. Die Entwicklungshilfe, die Deutschland wie andere europäischen Länder an ehemaligen Kolonien bezahlt, ändert nichts an diesen Strukturen, zumal sie oft an Bedingungen geknüpft wird, die das Abhängigkeitsverhältnis verstärken. Aus diesem Grund sollen Entschädigungen, frei von Bedingungen an die ehemaligen Kolonien, gezahlt werden.

- Was ist euer Anliegen?
- Welche Forderungen stellt ihr?
- An wen könnt ihr diese Forderungen stellen?
- Wie werden die anderen Akteur*innen darauf reagieren?
- Wie wollt ihr reagieren?
- Welche Möglichkeiten habt ihr, Druck auf die anderen Akteur*innen auszuüben, damit eure Forderungen erfüllt werden?
- Überlegt euch, wer eure Verbündeten sein könnten, wer wird euer Anliegen unterstützen?

ANLAGE 3: ROLLENLOSE

Verhandlungsleitung	Verhandlungsleitung
Regierung Namibia	Regierung Namibia
Regierung Namibia	Regierung Namibia
Regierung Namibia	Regierung Namibia
Verband der Herero- und Nama-Völkermordüberlebenden	Verband der Herero- und Nama-Völkermordüberlebenden
Verband der Herero- und Nama-Völkermordüberlebenden	Verband der Herero- und Nama-Völkermordüberlebenden
Verband der Herero- und Nama-Völkermordüberlebenden	Verband der Herero- und Nama-Völkermordüberlebenden
Regierung Deutschland	Regierung Deutschland
Regierung Deutschland	Regierung Deutschland
Regierung Deutschland	Regierung Deutschland
Französisches Konsulat	Französisches Konsulat

Französisches Konsulat	Französisches Konsulat
Französisches Konsulat	Französisches Konsulat
Bündnis zur Anerkennung des Völkermordes	Bündnis zur Anerkennung des Völkermordes
Bündnis zur Anerkennung des Völkermordes	Bündnis zur Anerkennung des Völkermordes
Bündnis zur Anerkennung des Völkermordes	Bündnis zur Anerkennung des Völkermordes

ANLAGE 4: AUFSTELLSCHILDER

Verhandlungsleitung

Regierung Namibia

**Verband der Herero- und Nama-
Völkermordüberlebenden**

**Regierung
Deutschland**

Bündnis zur Anerkennung des Völkermordes

Französisches Konsulat